

Dresdner Volkszeitung

Buchdruckerei: Leipzig.
Gedenk & Comp., Nr. 2018.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Geb. Henckel, Dresden.

Abo-Preis einschließlich Bringerlohn monatlich 2.00 M. Durch
die Post bezogen vierzehnjährlich 8.00 M., unter Kreuzband für Deutschland
und Österreich-Ungarn 9.00 M.

Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Wallnerplatz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur morgens von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wallnerplatz 10. Tel. 25261.
Geschäftstage von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Abo-Preis: die 7 gehaltene Sonnabendezeit 50 Pf., darauf 40 Prozent
Zuckerungszufluss, bei Auslandserzeugen die Zeile 60 Pf. (ohne Zuschlag).
Interesse sind im voraus zu bezahlen. Eine Verpflichtung zur Aufnahme an vor-
geliessenen Tagen kann nicht übernommen werden. Für Briefsicherung 20 Pf.

Nr. 214.

Dresden, Dienstag den 16. September 1919.

30. Jahrg.

Landesparteitag und Regierungsumbildung.

Am Montag, dem zweiten Verhandlungstage, zeigte es sich deutlich, daß die Verteilgenossen einen ernsthafte inneren Kampf durchlebten, um zu einer Entscheidung darüber zu kommen, ob sie es verantworten können, mit den Demokraten gemeinschaftlich zu regieren. Im allgemeinen betrachtet sind drei Strömungen vorhanden. Die eine ist für die sofortige Regierungsumbildung in dem Sinne, daß Mehrheitssozialisten und Demokraten zusammenarbeiten. Die andre will noch einmal mit den Unabhängigen verhandeln und nur für den Fall, daß diese Verhandlungen abermals scheitern sollten, die Fraktion ermächtigen, die Regierungsbildung in Gemeinschaft mit den Demokraten vorzunehmen. Eine dritte Strömung lehnt zwar eine nochmalige Verhandlung mit den Unabhängigen ab, wünscht aber ein Ultimatum an die Unabhängigen in der Form, daß diese sich erläutern sollen, ob sie gewillt sind, nach den Grundsätzen des Erfurter Programms mit den Mehrheitssozialisten gemeinsam eine Regierung zu bilden.

Für die Sozialdemokratische Partei ist die Entscheidung darüber so außerordentlich schwer, weil, wie der sächsische Wirtschaftsminister in seiner Rede treffend hervorhob, es in Sachsen Demokraten im wahrsten Sinne des Wortes fast gar nicht gibt. Hier sind die Demokraten meist nur die Vertreter des jungen Großkapitals und des wohlhabenden Handels. Auch ist ihre Partei zur Zeit stark durchsetzt von denjenigen Leuten, die der Genosse Hellisch, Chemnitz, als die November-Demokraten bezeichnete, die früher bei den Nationalliberalen gewesen sind und erst als der Wind in Deutschland nach der Revolution plötzlich anders zu wenden begann, sich einen demokratischen Namen geben, ohne jedoch damit auch schon ein demokratisches Herz zu besitzen. Der sächsische Minister des Innern, Genosse Uhlig, erklärte sich entschieden gegen eine nochmalige Verhandlung mit den Unabhängigen, weil es diese, wie er nicht mit Unrecht hervorhob, nach den bisherigen Erfahrungen oft an der nötigen Ehrlichkeit unserer Partei gegenüber haben fehlten lassen.

Eigentlich wäre ja der Konflikt überhaupt nur dadurch richtig zu klären, daß man es auf eine Auflösung des Landesparlaments ankommen ließe. Dem Landesparteitag liegt auch ein dahingehender Antrag vor. Nur gehen die Meinungen darüber auseinander, ob es taktisch klug wäre, es jetzt schon auf einen Wahlkampf ankommen zu lassen. Der Genosse Schwarz war über die Meinung, daß dann, wenn wir mit dem nötigen Eifer und Organisationstalent in einen Wahlkampf eintreten und eine sehr große Anzahl von Versammlungen abhalten würden, mit es sicher mit einem guten Erfolg schaffen könnten. Die Zahl der Delegierten, die viele Auffassung ebenfalls teilen, ist nicht gering. Daneben besteht jedoch eine andre Gruppe, die der Meinung ist, daß man den Berichtungsprozeß, in dem sich gegenwärtig offenbar die Unabhängige Sozialdemokratie befindet, noch weiter heranziehen lassen sollte, weil es dann leichter sei, die Wahlschlacht zu schlagen. Fast völlige Übereinstimmung herrscht darüber, daß nichts unterstucht gelassen werden darf, um die Arbeiter, die jetzt den Unabhängigen noch nachlaufen, wieder zurückzugewinnen.

Offenbar überwogen in der Debatte die Redner, die sich nur ungern an die Demokraten anlehnen würden. Genosse Hellisch setzte sich noch mit dem Reichswehrminister auseinander und erklärte ihm, daß die Kritik, die an der Reichswehr geübt wurde, lediglich der großen Sorge entspringe, daß die Reichswehr eines Tages zu einem Machtinstrument der früher herrschenden Klasse werden könnte, wenn sie nicht von den Einflüssen der Reinhards und Konzernen bereit würde. Das Schicksal der Arbeiterklasse könnte sonst eines Tages ganz furchtbar sein.

Obwohl sich der Landesvorsitzende Genosse Sindermann sowie auch einige andre Redner noch einmal eingehend dafür eingesetzt hatten, daß es sich mit der Würde der Partei nicht vertrage, abermals mit den Unabhängigen in Verbindung zu treten, wurde doch folgender Antrag angenommen:

„Die Landesversammlung der Sozialdemokratie Sachsen erklärt, daß die Bildung der Landesregierung nach parlamentarisch-demokratischen Grundsätzen zu erfolgen hat. Die Fraktion wird bestrebt, nochmals zu diesem Zweck mit den Parteien Führung zu nehmen. Lehnen es die Unabhängigen noch wie vor ab, auf dem Boden des demokratischen Sozialismus mit uns zu arbeiten, so ist eine Regierungsbildung mit dieser Partei unmöglich. Ist eine Regierungsbildung mit den bürgerlichen Demokraten nur möglich unter Vorgriffe unserer demokratisch-sozialistischen Wirtschaftsgrundlage, so ist an die Entscheidung des Landes zu appellieren.“

Die Mehrheit des sächsischen Parteitages hat dadurch bestanden, daß sie erst dann bereit ist, mit den Bürgerlichen eine Regierungskoalition einzugehen, wenn auch der abermalige und letzte Versuch, eine gemischte sozialistische Regierung zu bilden, scheitern sollte. Damit hat die Sozialdemokratische Partei Sachsen den Unabhängigen eine furchtbare Verantwortung aufgeburdet. Es wird abzuwarten sein, ob die Unabhängigen den Mut haben werden, durch ihr weiteres unverhülltes Verhalten den Eintritt der Demokraten in die Regierung zu verschulden.

Im weiteren Verlauf des Sitzungstages wurden Organisationsfragen behandelt, die nicht minder wichtig sind wie die taktischen Fragen. Am heutigen Dienstag wird die Tagung zu Ende geführt.

Rund um die Adria.

Der Friedensvertrag hat bekanntlich auch bei den „Siegern“ auf dem Balkan so wenig Ruhm gefunden, daß eine ganze Reihe von Staaten die Unterschrift verweigerte. Die Wirkungen der Nichtunterzeichnung machen sich zunächst in Rumänien bemerkbar. Brattianu in Rumänien ist zurückgetreten, jetzt kommt aus Belgrad eine Nachricht, die ausdrücklich besagt, daß auch der Grund für den Rücktritt des serbischen Kabinetts in den diplomatischen Schwierigkeiten liegt, die aus der Nichtunterzeichnung des Friedensvertrags mit Österreich entstanden seien.

Ein Kabinettwechsel wird auch aus Ungarn gemeldet. Zum Minister des Innern wurde Graf József Tisza ernannt; von Petar ist zum Minister ohne Portefeuille ernannt worden mit der Angabe, die Verhandlungen mit dem auswärtigen Minister in Budapest zu führen. Die Portefeuilles für Handel und Industrie sind vorläufig unbefestigt.

Die oft veriprochenen, aber bis heute nicht vollzogene Räumung Ungarns will der Verband jetzt mit Gewalt von

den Rumänen erzwingen. Diese haben von der Entente neuerdings ein Ultimatum erhalten, sofort mit dem Abzug aller ihrer Truppen aus Budapest und dem ganzen westlich davon gelegenen Gebiet zu beginnen. Die Rumänen müssen sich hinter die von der Entente festgelegte Demarcationslinie zurückziehen. Sollten sie sich weigern, so würde Constanza bombardiert werden. Zugleich wird Rumänien mitgeteilt, daß es nicht mehr darauf rechnen könnte, die ihm im Vertrag von 1915 zugewiesene Grenze gegen Ungarn zu erhalten, nachdem Rumänien selbst alle Abmachungen und alle Verträge der Entente missachtet hat.

Ein schiefes Schlaglicht auf die Risse im Bau des Verbandes war auch das rumänische Unternehmen d'Umanjio. Bezeichnend war das eisige Schweigen, mit dem die Kommerz-Ritter offizielle Bedauern über den Streit beantwortete. Jetzt gehen uns noch folgende Meldungen aus Italien zu:

Sogar ein erlicher Aufzug, wonach er die in Trieste befindlichen italienischen Soldaten auffordert, innerhalb von 6 Tagen zu ihren Truppenkörpern zurückzukehren, wodurchfalls sie als Defektoren angesehen würden. Jahrzehnte Soldaten der Brigade der Adria leisteten dem Befehl sofort Folge. Die amerikanischen Truppen haben Trieste verlassen. Dagegen sind die französischen Truppen zurückgeblieben.

Die italienische Regierung hat die Veröffentlichung aller Nachrichten über Trieste verboten. Die bereits aufgehobene Zeitungswirksamkeit wurde deshalb wieder eingeführt. Der Corriere della Sera stellt fest, daß die Rebe des Ministerpräsidenten Ritti seinemweg die Zustimmung des Landes gefunden habe. Neben die Holzung der Verbündeten wegen der Vorfälle von Trieste liegen verschiedene Nachrichten vor, die einander widersprechen. Der Corriere della Sera sagt, die Verbündeten hätten nur Ausklärung verlangt und es sei im übrigen Italien vollauf überlassen, selbst Ordnung zu schaffen. Dagegen bemerkt der Corriere d'Italia, daß England und Frankreich Protest erhoben hätten, während Amerika sich schüchtern verhalten habe.

Dagegen bessern sich die deutsch-italienischen Beziehungen von Tag zu Tag. Die Deutsche Allgemeine Zeitung schreibt:

Obgleich der formelle Friedenszustand zwischen Deutschland und Italien noch nicht besteht, macht die Beziehung zahlreicher schwedischer Angelegenheiten, die zwischen den beiden Staaten verhandelt werden, sowie auch die Pflege der wirtschaftlichen Beziehungen bereits jetzt bauernde Verträge zur Rücksicht. Deutscherweise wird sich, wie wir erfahren, der Generalstaatschef nach Rom begeben. Bei der Führer der Gesellschaft wird er vom Regierungsrat Breitling unterstützt werden, der bisher der Nachrichtenabteilung des Auswärtigen Amtes angehört.

Schleuderpreise bei Auslandsverkäufen.

Die deutsche Valuta ist in der vergangenen Woche in geradezu bedrohlicher Weise weiter gesunken. In Zürich wurden 100 M. jetzt nur mit 21 Fr. bewertet. Auf der Berliner Börse wurden für 100 Fr. Devisen auf Zürich geboten: am 12. 9. 452%, am Sonnabend schon 472% und am Montag 497%. Da der Friedensfuß des Franken 81 betrug, so bedeutet die geringe Bewertung des Mark, daß uns alle ausländischen Waren jetzt um das Sechsfache verteuert werden. Wenn der Fall der Valuta so weiter geht, so sind wir bald auf dem Punkt angelangt, wo das Ausland für unsre Mark überhaupt nichts mehr gibt. Dann wird die Wareneinfuhr, die jetzt durch den schlechten Stand der Valuta schon so stark erschwert ist, überhaupt aufhören und wir befürchten einen Zustand, der noch schlimmer wäre als der, der vor Aufhebung der Blockade bestanden hat, denn damals konnten wir wenigstens aus neutralen Ländern etwas einführen, was bald kaum mehr möglich sein wird.

Mit dem schlechten Stand der Valuta hängt es zusammen, daß auf der Börse sowohl ausländische als auch manche einheimische Papiere stark im Kurs steigen. Es fallen viele solche Papiere nach dem Ausland gehen, das sich mit Hilfe der niedrigen Valuta so billig in den Besitz dieser Werte setzen kann.

Der außerordentlich niedrige Stand der Valuta bringt auch die Gefahr mit sich, daß wir die Waren, die wir nach dem Ausland ausführen, verschleudern. Der hohe Preisstand aller Waren im Inland war sicher mit einer der Ursachen der niedrigen Bewertung der deutschen Mark. Über jetzt wird unter Geld im Ausland noch niedriger bewertet, als das durch seine Entwertung im Inland und dem entsprechend hohen Preisstand gerechtfertigt wäre. In Deutschland sind viele Waren um nicht mehr als das Viertelteuerert im Ausland, aber wird eine Mark nur mit dem sechsten Teil ihres früheren Wertes bezahlt. Nehmen wir z. B. an, eine Maschine, die früher 100 M. gekostet hat, kostet jetzt in Deutschland 1200 M. Zur Freiheit, wo für 100 M. ungefähr 123 Fr. bezahlt werden müßten, kostet dem Ausländer, der in Frankreich kauft, diese Maschine 370 Fr. Heute, wo ihm 100 M. nur 21 Fr. kosten, hätte er für dieselbe Maschine, wenn ihr Preis in Deutschland 1200 M. beträgt, nur $12 \times 21 = 252$ Fr. zu zahlen. Würden wir genügend Waren für die Ausfuhr haben, so würde sich unsere Valuta möglicherweise schnell wieder heben, aber infolge unserer augenblicklichen Notlage ist ja unsere Ausfuhr nun sehr belastendste Steigerungsfähig. Im Ausland beginnt man bereits Angst vor der billigen deutschen Ausfuhr zu haben, und in Frankreich traut man sich schon mit dem Gedanken, Einfuhrzölle auf deutsche Waren zu erheben. Gleichzeitig das, so würden die billigen Preise der deutschen Waren den Franzosen direkt ihr Staatsziel fördern. Das wäre natürlich heller Wahn. Es besteht auch infolge des

niedrigen Standes der Valuta die Gefahr, daß Waren aus Deutschland ausgeführt werden, die wir dringend benötigen. Es ist zwar die Ausfuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten verboten, aber dieses Verbot gibt, wie in einem Artikel des Tags hervorgehoben wird, keinen genügenden Schutz. Einmal deshalb, weil ganz unbestimmt ist, was eigentlich Halbfabrikate sind und weil auch die Ausfuhr von manchen Halbfabrikaten, z. B. von Werkzeugmaschinen, oft sehr wenig erwidert sein dürfte.

Nun besteht, wie wir bereits früher einmal ausgeführt haben, eine gewisse Ausfuhrkontrolle. Es wird von den Exportoreuren verlangt, daß sie bei den Waren, die sie nach dem Ausland verkaufen, Preisabschläge auf den Inlandspreis nehmen. Über die Preiserhöhungen, die auf diese Weise vorgenommen werden, scheinen nicht zu genügen, um einem zu billigen Verkauf deutscher Waren nach dem Ausland vorzubeugen. Diese Preisabschläge kommen heute denjenigen zu gute, die Waren ausführen. Werden die Abschläge bei Auslandsverkäufen noch nicht erhöht, als das bisher der Fall war, so würden diese Deutens aus dem Auslandsgeschäft ganz außerordentlich hohe Gewinne zu ziehen. Es würde auf diese Weise ein Nachkriegsgewinnlettum geschaffen werden. Natürlich werden Fabrikanten und Kaufleute versuchen, die dazu geeigneten Waren möglichst nach dem Ausland zu verkaufen, und ein Steigen auch der Inlandspreise muss, wenn den Dingen freier Lauf gelassen wird, die notwendige Folge sein. Nun könnte man die Frage aufrufen, ob es nicht überhaupt richtig wäre, unsre Preise des Standes der Mark im Ausland anzupassen, das heißt, bei uns die Preise und damit natürlich auch die Währung so in die Höhe zu lassen, daß trotz der geringen Bewertung der Mark die Gefahr einer Verfälschung der Waren nach dem Ausland nicht mehr besteht. Eine solche neue Preisreform wäre aber mit den größten Nachteilen verbunden. Natürlich werden Fabrikanten und Kaufleute versuchen, die dazu geeigneten Waren möglichst nach dem Ausland zu verkaufen, und ein Steigen auch der Inlandspreise muss, wenn den Dingen freier Lauf gelassen wird, die notwendige Folge sein. Nun könnte man die Frage aufrufen, ob es nicht überhaupt richtig wäre, unsre Preise des Standes der Mark im Ausland anzupassen, das heißt, bei uns die Preise und damit natürlich auch die Währung so in die Höhe zu lassen, daß trotz der geringen Bewertung der Mark die Gefahr einer Verfälschung der Waren nach dem Ausland nicht mehr besteht. Eine solche neue Preisreform wäre aber mit den größten Nachteilen verbunden. Es würde dabei ohne Vorbereitung und Streiks, die unter Volk wieder schwer schädigen würden, nicht abgehen. Außerdem würden diejenigen Schichten, die die Geldeinwertung durch die Erhöhung ihrer Bezüge nur schwer ausgleichen können, in noch größere Notlage kommen als bisher, ja die Beamten, Kleinrentner usw. Die kleinen Vermögen würden stark aufwertet werden, hingegen alle diejenigen, die im Besitz von Sachwerten sind, würden begünstigt, so besonders die Herren von der Großindustrie, deren Vermögen in Fabriken, Maschinen usw. angelegt ist. Die Haushalte von Reich, Staat und Gemeinde können noch mehr in Not und Nöte geraten, weil die Einnahmen der öffentlichen Haushalte nicht so schnell steigen würden wie die Ausgaben. Außerdem wäre es zweifelhaft, ob dann der Ausgleich zwischen dem Wert unseres Geldes im In- und Ausland überhaupt erreicht werden könnte. Steigen bei uns Warenpreise und

Vöhne weiter, so würde möglicherweise gerade deswegen im Ausland unsre Valuta noch mehr sinken, so daß immer noch die Gefahr der Verschleuderung von Waren bestände. Uns erscheint es daher notwendig, daß alles getan wird, um ein weiteres Steigen unserer Preise zu verhindern.

Es muß deswegen verhindert werden, solange der Stand unseres Werts noch niedrig ist, um die Ausfuhr zugunsten des Reiches zu beladen, damit könnten wir nicht nur erreichen, daß der Verschleuderung von Waren im Ausland ein Ziel gelegt würde, sondern es würde auch verhindert, daß unverhältnismäßig eingeschränkte Gewinne in den Schatz fallen und neuen Preissteigerungen im Innern könnte dadurch vorgebeugt werden.

Es ist Sache der Regierung, möglichst schnell zu untersuchen, was hier getan werden kann. Vielleicht wäre die Einführung von deutschen Ausfuhrzölle möglich, vielleicht könnte man auch bestimmen, daß derjenige, der Waren austauscht, die dadurch im Ausland erzielten Gewinnen zu einem bestimmten von der Regierung festgesetzten Kurs dem Reich zur Verfügung stellen muß, so daß der Unterschied zwischen diesem Kurs und dem Tageskurs des ausländischen Geldes dem Reich auslösse. Bedenfalls ist es notwendig, daß hier schnell eingegriffen wird.

Die Erhebungen, die infolge des niedrigen Standes der Valuta hervorgetreten sind, zeigen, wie notwendig jetzt

solche staatliche Eingriffe in das Wirtschaftsleben sind. Der Ausfuhrhandel ist sicher ein Gebiet, auf dem jede Einschränkung des Staates sehr schwer empfunden wird und für die Abwicklung der Geschäfte sehr hinderlich ist. Aber die freie Wirtschaft bringt auch hier so große Gewinne, daß der Staat regelnd eingreifen muß. Wir können uns eben nicht gegen den Zugus des Gehobenen leisten, es muß überall planmäßig gewirtschaftet werden.

Am besten wäre es freilich, wenn wir recht bald ein Steigen unseres Werts herbeibringen und so die Gewinne und Nachteile, die uns aus der gegenwärtigen Lage erwachsen, beseitigen könnten. Ein Ziel, das am ehesten durch eine Steigerung unserer Kohlenproduktion und Befestigung unserer Transportschwierigkeiten erreicht werden könnte. Ungefähr wichtig ist, daß wir in den nächsten Wochen in Deutschland von Streiks und Unruhen verschont bleiben. Neue Störungen der Ruhe und Ordnung in Deutschland würden unsern Kredit im Ausland und damit unsre Valuta wahrscheinlich auf den Nullpunkt herabgehen lassen, und so die Gefahren unserer wirtschaftlichen Lage noch mehr vergrößern.

Der deutsche Marktturz.

Amt 16. September. Der Marktturz ist wiederholts gefunken; gestern notierte die Mark 20.25 Brief und 10.25 Gold. Der Antritt 20.25 Brief bestätigt, daß 100 M. für 20.25 Franken zum Verkauf angeboten; 10.25 Gold, daß für 100 M. 10.25 Franken geboten wurden.

Der sächsische Parteitag.

(Fortsetzung.)

Sindermann: Es sei von manchen Rednern in der Debatte ein Standpunkt vertreten worden, der eine vollkommenen Uniformität der Vorgänge in der Volkskammer und im Parteileben vertrate. Man solle doch etwas mehr Arbeit in seinen Ausschreibungen vertreten und auch der Würde der Partei Rechnung tragen. Die Partei, die Schul im gegenüberliegenden Spaltung haben, könnten sich über mangelnden Einigungsgeist unterseits nicht beschlagen, das bestreitet die Verhandlungen zwischen den Fraktionen. Die Unabhängigen machen sich bereits lustig darüber. Es sei in diesem Untergang kommen sonst gegangen, daß ihm die Würde der Partei dies verbot. Es könne darum die Stellung der Parteipresse, namentlich der Chemnitzer Volksstimme, nicht bestehen, die im Zeiterfall sich für ein Zusammensein mit den Unabhängigen ausspreche, um diese ein paar Spalten weiter entschlossen zu belämmern. Wenn wir uns jedoch nicht mehr trauten, können man dann Beratungen von den Kreisen verlangen, die nach der Revolution glaubten, sich auf uns verlassen zu können? Also

mehr Beratungen zusammen und auf die eigene Kraft, dann werde die Wahrheit gemacht für eine erfolgreiche Befreiung. Redner bitte, aus praktischen Gründen nicht nur den Antrag Chemnitz auf Befreiung der Doppelmandate, sondern auch den Antrag Bayreuth auf Doppelzählung der Parteipresse abzulehnen. Es solle unmissverständlich sein, den Volkskammerabgeordneten zu verbieten, ein Stadtverordnetenamt anzunehmen und die Verbindung von weiteren Volksräten anzustreben. Das bleibe parteilich faktisch so unantastbar wie möglich arbeiten. Redebiel sei die Landesversammlung gar nicht zuständig. Sindermann ersucht zum Schlusse den Antrag Schumann anzunehmen. Das werde für die Partei die beste Lösung sein und die Meinungswirksamkeit wieder aufrichten.

Nichter, Chemnitz: Es sei die schwere Entscheidung, daß die Landesversammlung jemals gestellt worden sei. Ein jeder mögliche Sozialist weiß, daß er seine Entscheidung habe, die er vor den Genossen dann zu vertreten habe. Es könnte ein Zusammensein mit den Demokraten, den Vertretern des Kleinstadts, nicht verhindern, weil das ja auf jedem unter Prinzipien und Grundsätzen bedeute. Redebiel verzicht dann noch den Chemnitzer Antrag auf.

Befreiung der Doppelmandate

und zweitens gegen verschiedene Ausführungen des Genossen Uhlig in der Demokratierung der Verwaltungsbehörden. Er vertritt auf den mittlerweile berücksichtigten Prozeß der Lausitzer Arbeiterschaft gegen die Errichtung des Kreisbeamtenamtes von Rottby Wallwitz und fragt den Minister des Innern, was er darauf zu tun gehende.

Schumann: Eigener Genosse Grodauer sei vom Genossen Schuster der Vorwurf erhoben worden, daß dieser den unparteiischen Gebilden aufgerufen und statt dessen dem Arbeiterschaft das Wort gegeben habe. Das stimme nicht. Im Weitem sei man dazu gekommen, die Selbstständigkeit der Oberschichten im Rahmen des Kleinstadts aus andern Gründen zu bestimmen. Der unparteiische Gebund sei dabei nicht aufgerufen worden, das beweise die Einheitsfront, die Vereinlichkeitung des Betriebswesens um. Das die Abstimmungsbefähigung im Reichstag anlässe, habe Genossen Schuster recht. Aber dabei spielen eine Reihe ganz unverhältnismäßiger Vorgänge mit, an denen der einzelne nicht schuldig sei. Doch er führt, wie Dr. Wünsche sagt, in seinen Ausführungen gegen die Unabhängigen von dem Gefühl des Hoffes keine Leute lassen, bei 20.25 ungünstigend. Im politischen Kampf geht es, daß möglicher Partei lebe und arbeite, dort auf Partei und Genossen Wünsche beurteilt diese Verhältnisse mit vom geringen Erfolg aus. Redebiel bemüht an den Ausführungen des Ministers Schwartz die mögliche Konsequenz der Schlussfolgerungen, sowohl das Zusammensein mit den Unabhängigen oder Demokraten in der Regierungsbildung in Betracht komme. Die Sache der Partei sehe gut.

Zusammengesetzter der Unabhängigen

mache sich immer stärker bemerkbar, und wenn die Volkskammer einmal aufgelöst werde, dürfte die Möglichkeit vorhanden sein, daß man wieder Unabhängige noch Arbeitsschicht zur Regierung benötige, sondern mit eigener Freiheit und auf eigenen Füßen eine geradlinige Politik zu treiben in der Lage sei. Nachmal an die Unabhängigen bestimmen, daß sie für soviel, weil diese Partei eine Mitstreiterin nicht erachten kann, die Verantwortung für die Konsequenzen sie auszuhören könne. Warum also das Radikalismus weitertreiben und sich dem Gebürt der U. S. S. auflegen? Es störe.

Aber was soll denn das Volk entscheiden?

Über ein paar Mandate, die wir an Unabhängige und Demokraten abgeben, die erheblich politischkeitsfreie Politik machen und an ihrer Stelle die Kommunisten treten lassen, die möglicherweise mit unserer Partei eine schwache Mehrheit bilden könnten? Über soll man vielleicht selbst die Art an die Mutter der Partei legen, die auf dem Grundbegriff der Demokratie nicht verzichten kann, ohne sich selbst aufzugeben? Die Grundlage, auf der die Demokraten mit uns arbeiten könnten, sei gegeben. Das sei nichts zu ändern. Sie könnten einen bestimmten Einfluß im Kabinett nicht ausüben, aber sie seien jetzt wohl imstande, die Regierung aufzulösen zu lassen. Und was dann? Können die Genossen einen Wahlkampf im Winter verantworten, der unter ungewöhnlichen erschwerten Verhältnissen den direkten Siegmarke der Partei bedeuten würde. Ganz dessen sollten die Genossen doch endlich erkennen lernen, worauf es ankommt: Die Sichtung bei eigenem Partei, das Verhältnis von der Politikwelt, die politischen Gefilde in die eigene Hand zu nehmen, unabhängig von links und rechts. (Beifall.)

Nachmittagssitzung.

Roch der Mittagspause war die Diskussion fortgesetzt. Das Wort erhielt

Röber, Werben: Der Herr Ostmann-Schumann, daß in der Partei alles aufs Beste bestellt sei und wir gar keine Mühe auf andere zu nehmen hätten, bestimmt. Nur sehe er sich sofort mit der Bemerkung, daß wir alle Ursache hätten, einen Wahlkampf im Winter zu verhindern, in Überprüfung. Demgegenüber neige er, Redebiel, nun schon der Auflösung des Genossen Schwartz zu. Der Kern der ganzen heutigen Frage sei doch letztlich die Fortführung der Revolution und die Erweiterung ihrer Errungen.

schaffenden Arbeiters schlechthin wäre. Die U. S. S. habe das noch erreicht. Nun müssen die Unabhängigen dazu überreden, ihre Rolle wieder in vernünftige Rahmen zu leiten. Man versucht ja oft das Schaffen der Unabhängigen auf dem politischen Stützpunkt auszugehen, aber doch auch innerhalb unserer Partei die Versetzung ihnen sonst geboten ist, doch einzige Genossen von einer

Diskussion der Mitte

abhängigen Arbeiters schlechthin wäre. Die U. S. S. habe das noch erreicht. Nun müssen die Unabhängigen dazu überreden, ihre Rolle wieder in vernünftige Rahmen zu leiten. Man versucht ja oft das Schaffen der Unabhängigen auf dem politischen Stützpunkt auszugehen, aber doch auch innerhalb unserer Partei die Versetzung ihnen sonst geboten ist, doch einzige Genossen von einer

Zusammenbruch der Realisation politisch.

Wie fordern von den Unabhängigen, daß sie sich auf den Zonen der Cäcilie Programm stützen? Das ist so, daß wir mit ihnen zusammenarbeiten müssen. Die Demokraten hält deshalb der Mitte für unverzichtbar. Die Cäcilie und Schwaben würden durch eine gemeinsame Regierung mit den Demokraten nicht kleiner. Und auch eine lokale Regierung könnte eines Tages in ihrem Parteikreis eintreten.

Dagobert, 2. 3. 1919, verteidigt die Schreibweise der Partei

Partei gegen die Angriffe des Menschen Wundt. Die Freie Presse befand sich im Abschlußkampf gegen die niederstädtische Kampfpartei der Unabhängigen gewesen. Es sei nicht richtig, daß bei den Unabhängigen nur die Züchter eine unregelmäßige Politik wüssten. Die Leipziger habe sich gezeigt, daß die Massen die Züchter geschlagen hätten. Der Adenau polemisierte gegen den Antrag Götzen. Eine Auflösung der Kammer würde nur die Rechte im Parlament stärken. Wir müssen endlich Farbe bekleiden und den Arbeitern erklären, wer wir mit den Demokraten zusammengehen müssten. Es bitte, die Resolution Schumann anzunehmen.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Zum seinem Schlußwort polemisiert Sindermann gegen Graupe und fordert, daß sich die Partei

entschieden auf den Boden des Demokraties

stelle. Wir dürfen unsre eigene Würde nicht somit vergessen, daß wir uns bemühen, wen den Unabhängigen noch einmal einen Rest zu überlassen. Die schwächeren militärischen Verbände, denen wir entgegengehen, müssen uns begreifen. Die Verantwortung auch den anderen mit zu übertragen. Es bitte um Annahme des Antrags Schumann.

Schumann bringt noch eine Ergänzung zu seinem Antrag ein, der die Demokraten auf das Programm der Regierung von 10. März 1919 verpflichtet.

Die Abstimmung.

Noch längeren persönlichen Bemerkungen erfolgt die Abstimmung. Der Antrag Schumann wird mit 32 gegen 48 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag Götzen wurde mit 58 gegen 24 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag Götzen wurde mit 58 gegen 24 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag 6 (Aufhebung des Besiegungsgesetzes) wurde abgelehnt. Antrag 7 ist damit ebenfalls abgelehnt. Antrag 8 (Schaffung einer Beschwerdeinstanz) wird angenommen.

Zu Punkt 8,

Änderung des Organisationsstatuts, referiert Genosse Rücken, Dresden;

Noch den Beziehungen des Parteiausschusses sei das Organisationsstatut der Partei in mehr zentralistischen Sinne aufgestellt worden. Am Stelle der bisherigen Bandesorganisation habe die Bezirkssorganisation. Auch die Unterbezirke könnten bleiben; es müsse aber nicht der Fall sein. Diese Frage werde bei Bezirkssverbänden überlassen bleiben. Bei den Unterbezirken könne auf dem Gründung eine dem Antrag, der uns am ehesten aus allen Verlegenheiten helfen könnte. Schumann habe da rechtlich das Gefühl appelliert und sogar von einem "Eingangsformular" gesprochen. Er habe diese Bemerkung lediglich bestreut. Schon vor einigen Jahren habe im gleichen Saale eine Konferenz getagt, in der der Provinz zu einer Eingliederung der streitenden Teile einig geworden sei. Die bedeutende Tatsache der damaligen Abstimmung der Eingangsüberdrüsse habe der politisch organisierten Arbeiterschaft gewidmet zugestanden. Das möchten jetzt verhindern, daß es getragen habe, daß die Wahrheit nicht mehr in den Kreisbeamtenamten steht, obwohl sie nicht wieder herbeigeschafft worden ist. — Es brauche zur Befreiung der Provinz der Einkünfte der Demokraten in die Regierung nicht auf die Vergangenheit dieser Partei hinzumischen. Es genüge, um die Haltung der Regierung des Schulgesetzes und einer Reihe anderer gesetzgeberischer Maßnahmen, namentlich auf wirtschaftlichem Gebiete zu erkennen. Dieser

realistische Standpunkt der Demokraten

müsste doch noch in aller Gedächtnis sein. Aber leistet wollen wir, daß eine wirklich freiheitliche Politik nur in Verbindung mit den kleinen Einheiten eingerichtet habe, denn dieser geistige Zusammenhalt kann nicht ohne Vorbehalt den Demokraten preis. Um es zu vermehren, empfiehlt er einen Antrag, der uns am ehesten aus allen Verlegenheiten helfen könnte. Schumann habe da rechtlich das Gefühl appelliert und sogar von einem "Eingangsformular" gesprochen. Er habe diese Bemerkung lediglich bestreut. Schon vor einigen Jahren habe im gleichen Saale eine Konferenz getagt, in der der Provinz zu einer Eingliederung der streitenden Teile einig geworden sei. Die bedeutende Tatsache der damaligen Abstimmung der Eingangsüberdrüsse habe der politisch organisierten Arbeiterschaft gewidmet zugestanden. Das möchten jetzt verhindern, daß es getragen habe, daß die Wahrheit nicht mehr in den Kreisbeamtenamten steht, obwohl sie nicht wieder herbeigeschafft worden ist. — Es brauche zur Befreiung der Provinz der Einkünfte der Demokraten in die Regierung nicht auf die Vergangenheit dieser Partei hinzumischen. Es genüge, um die Haltung der Regierung des Schulgesetzes und einer Reihe anderer gesetzgeberischer Maßnahmen, namentlich auf wirtschaftlichem Gebiete zu erkennen. Dieser

realistische Standpunkt der Demokraten

es erforderlich, da war die heutige Eingliederung zur Freiheit aller Provinzler da. Nicht anderes fordert er auch, und wenn man das kann, so könne man mit viel größerem Recht hinstellen und sagen: Metz ist unser Schied. Wir haben alles getan, um die Wahrheit für die Eingliederung zu erhalten. Es ist aber aus aus Rücksicht vor dem Ausgang der Provinz nicht möglich geworden, die Wahrheit nicht mehr in den Kreisbeamtenamten zu erhalten. Dieser hat die Wahrheit nicht mehr in den Kreisbeamtenamten zu erhalten. Wenn ich Sindermann darüber sage, so müsse er ihm sagen, daß man Politik nicht aus Verkürzung treten darf. Und für die heutigen Verhältnisse in der Partei finden sich in der Geschicht der Partei doch Spuren. Er erinnere nur die Konstituierung der Sozialdemokratie selbst, wo die bei ehemaligen Parteimitgliedern aufgenommen wurden. Das habe die Regierungsbildung in Betracht kommen lassen. Denn für die heutigen Verhältnisse in der Partei finden sich auf das bestreitbare bestreitete, aber als endlich die Schande

Interesse der Gesamtbewegung

es erforderlich, daß sie die heutige Eingliederung zur Freiheit aller Provinzler da. Nicht anderes fordert er auch, und wenn man das kann, so könne man mit viel größerem Recht hinstellen und sagen: Metz ist unser Schied. Wir haben alles getan, um die Wahrheit für die Eingliederung zu erhalten. Es ist aber aus aus Rücksicht vor dem Ausgang der Provinz nicht möglich geworden, die Wahrheit nicht mehr in den Kreisbeamtenamten zu erhalten. Dieser hat die Wahrheit nicht mehr in den Kreisbeamtenamten zu erhalten. Wenn ich Sindermann darüber sage, so müsse er ihm sagen, daß man Politik nicht aus Verkürzung treten darf. Und für die heutigen Verhältnisse in der Partei finden sich in der Geschicht der Partei doch Spuren. Er erinnere nur die Konstituierung der Sozialdemokratie selbst, wo die bei ehemaligen Parteimitgliedern aufgenommen wurden. Das habe die Regierungsbildung in Betracht kommen lassen. Denn

Das Bürgerrecht neige nicht nach links, sondern nach rechts.

Er warne noch allein darüber, der Reaktion eine solche Machtkontrôle, wie sie die Cäcilie ausübt, nicht anzuverleihen. Es wäre eine Unmöglichkeit jedes vernünftigen Gedankens, wenn man jetzt soviel davon machen will, daß man die Wahrheit nicht mehr in den Kreisbeamtenamten zu erhalten. Dieser hat die Wahrheit nicht mehr in den Kreisbeamtenamten zu erhalten. Wenn ich Sindermann darüber sage, so müsse er ihm sagen, daß man Politik nicht aus Verkürzung treten darf. Und für die heutigen Verhältnisse in der Partei finden sich auf das bestreitbare bestreitete, aber als endlich die Schande

Die Aufgaben der Unterbezirke

werden sich im Zukunft beschränken auf die Zusammenfassung der Ortsgruppen in rein geschäftlicher Hinsicht. Der direkte Kontakt der Bezirkssverbände mit den Ortsgruppen besteht mit den bisherigen Einrichtungen. Aber der neue Aufbau werde zu einer innigeren Verbindung in der Partei mehr als bisher beitragen.

Das geht jetzt bis Unterbezirk von den inneren Vorsitzenden in der Bezirkspartei, von den wertvollen Erzeugungen des Parteivorstandes, des Parteiausschusses usw., meist nur wenig in Bereich

weil aus der Breite erfüllt gewesen wäre, und auch nur das, wenn es von den einzelnen Funktionären nicht übersehen wurde.

Daher treffe auch für die Ortsvorstände zu bis den Vorsitz des Bezirkssverbands des Parteivorstandes in der Regel dann erhielten, wenn die Sach meist überholt war. Die bisherige organisatorische Verbindung habe meist schon bei dem Kreisvorstande und diese hätten nicht die Wahrheit mehr in den Kreisbeamtenamten zu erhalten. Dieser hat die Wahrheit nicht mehr in den Kreisbeamtenamten zu erhalten. Wenn ich Sindermann darüber sage, so müsse er ihm sagen, daß man Politik nicht aus Verkürzung treten darf. Und für die heutigen Verhältnisse in der Partei finden sich auf das bestreitbare bestreitete, aber als endlich die Schande

Die Beziehungen der Bezirkssverbände

der Bezirkssverbände auch in technischer Beziehung besser aufzubauen müssen. Das werde mit großen Unstufen verbunden sein. Aber diese Ausgaben müssen für die Partei stark ausgelegt werden. Wenn nur der größte Teil der Ortsgruppen die Neuerungen entsprechend aufgreife, die ständige Führung mit den Bezirkssverbänden pflege, so werde damit die Qualität des Material verhindert werden können. Bis dahin könnten die Unterbezirke nach den Reichstagwahlkreisen bestehen.

Die technische Seite der Beziehungen der Bezirkssverbände ist nicht leicht zu bearbeiten. Das werde mit großen Unstufen verbunden sein. Aber diese Ausgaben müssen für die Partei stark ausgelegt werden. Wenn nur der größte Teil der Ortsgruppen die Neuerungen entsprechend aufgreife, die ständige Führung mit den Bezirkssverbänden pflege, so werde damit die Qualität des Material verhindert werden können. Bis dahin könnten die Unterbezirke nach den Reichstagwahlkreisen bestehen.

Die technische Seite der Beziehungen der Bezirkssverbände ist nicht leicht zu bearbeiten. Das werde mit großen Unstufen verbunden sein. Aber diese Ausgaben müssen für die Partei stark ausgelegt werden. Wenn nur der größte Teil der Ortsgruppen die Neuerungen entsprechend aufgreife, die ständige Führung mit den Bezirkssverbänden pflege, so werde damit die Qualität des Material verhindert werden können. Bis dahin könnten die Unterbezirke nach den Reichstagwahlkreisen bestehen.

Die technische Seite der Beziehungen der Bezirkssverbände ist nicht leicht zu bearbeiten. Das werde mit großen Unstufen verbunden sein. Aber diese Ausgaben müssen für die Partei stark ausgelegt werden. Wenn nur der größte Teil der Ortsgruppen die Neuerungen entsprechend aufgreife, die ständige Führung mit den Bezirkssverbänden pflege, so werde damit die Qualität des Material verhindert werden können. Bis dahin könnten die Unterbezirke nach den Reichstagwahlkreisen bestehen.</p

Zum Abbau der Zwangswirtschaft

Der preußische Landwirtschaftsminister hier, genauer Braun, erwiderte in einem Artikel in "Sowjet" auf die Ansicht, die in der Presse gegen ihn gerichtet waren sind. Da vor uns auch mehrfach mit der Stellungnahme Brauns befürchtet haben, so geben wir hiermit das Wichtigste aus seinem im Vorworts veröffentlichten Artikel wieder.

Wir nicht alles bekannte, was die Presse über meine Ausführungen gelegentlich des Erscheinens einer aus Vertretern der Parteien zusammengesetzten Abordnung der Überlebensversorgung veröffentlicht hat. Das Wenige, was mir zu Gesicht gekommen ist, gab mir bei der Meinungslösung zur besonderen Richtigstellung, obwohl es eine Reihe Unrichtigkeiten und Schiefekeiten der meiste in der etwa eine halbe Stunde währenden Unterhaltung getaten Anerkennung enthielt.

Über meine Stellung zur Zwangswirtschaft habe ich der Abordnung gegenüber nur den Standpunkt vertragen, den ich vor einiger Zeit in einer auch in der Presse veröffentlichten Denkschrift dargelegt habe. Ich erkenne darin die Notwendigkeit der öffentlichen Bewirtschaftung für Brot und Fleisch an, fordere aber die Freigabe der Güter für die Schweinemast, nach Sicherstellung der zur Nahrungsmitteleinsatz erforderlichen Menge, damit wir künftiges Fleisch und Getreide produzieren können. Denn es erscheint mir für unsere Lebensmittelversorgung wie überhaupt für unsre Volkswirtschaft rationeller, das Geld, das wir für amerikanischen Speck ausgeben, zum Anlaß von ausländischen Buttermitteln zu verwenden und damit das Fett und Fleisch im eigenen Lande zu erzeugen.

Die Freigabe der Kartoffel habe ich gebeten zu erwägen, nachdem ich der Erntekrieg überstanden habe. Darauf halte ich fest. Schon im verlorenen Kriegsjahr ist der Bedarf der Verbraucher kaum zur Hälfte aus den beobachteten Veränderungen auf Karten gedeckt worden, den größeren Teil des Bedarfs haben sie sich aus Schleichwegen überaus hohen Preisen milchlich beschaffen müssen. Ich möchte, es wird in diesem Jahre noch schlimmer werden. Da soll man doch ernstlich erwägen, ob es nicht an der Zeit ist, neue Wege einzuschlagen, anstatt den Karten im alten Weise laufen zu lassen, bis er vollends in den Graben stürzt.

Ich bin während der ganzen Kriegszeit ein entschiedener Verfechter der Zwangswirtschaft für Lebensmittel und wichtige Bedarfsgüter gewesen. Ohne sie wären wir längst zusammengebrochen. Es diente doch aber gefährliche Vogelkrankheitstreib, wenn man nicht sehen wollte, daß die letzten Kriegsjahre schon stark gelöster und jetzt nach Beendigung des Krieges noch mehr durchlöcherte Zwangswirtschaft in mehrfachst verhindert geworden ist und die Zukunft immer größer wird, daß sie eines schönen Tages in sich zu einem unentzündlichen, den letzten Rest von Staatsautorität unter ihren Trümmern begrabend. Es erscheint mir daher dringend geboten, die öffentliche Bewirtschaftung mit dem Ziel des Abbaus auf das notwendigste Maß zu befrachten und dort mit Rochedraht durchzuführen, um übrigens aber Lust zu lassen.

Gewiß, die Erfahrungen, die auch neuerdings wieder mit der Freigabe des Hauses gemacht worden, scheinen gegen jede weitere Förderung der Zwangswirtschaft zu sprechen. Daß die kapitalistische Brüderlichkeit sich sofort dieses freigegebenen Produkts bemächtigen würde, war vorauszusehen. So lange die Knappheit anhält, werden wir das bei jedem zweiten freigegebenen Produkt erleben. Darüber müssen wir hinweg; und wir werden über dieses Übergangsstadium um so schneller hinwegkommen, als es uns gelingt, durch Steigerung der Erzeugung das Angebot zu verbreitern und dadurch einen dauernden Preisdruck auszuüben. Daher ist die Verteilung der Landwirtschaft mit fünfstelligen Ziffern und mit allen andern der Produktionsförderung dienenden Materialien die wichtigste Maßnahme, um die Preisgestaltung auf dem Lebensmittelmarkt sicher in gefundene Bahnen zu lenken.

Freilich, bis die völlige Gejündung der Marktverhältnisse auf diesem Wege eingetreten ist, können die Verbraucher

nicht sich auflosen der Ausplunderung durch gewissenhafte Kaufmänner preisgegeben werden. Deshalb habe ich bereits vor Monaten den Vorladung gemacht und ihn fürgleich an außerordentlicher Stelle wiederholt, für die freigegebenen wie für die bewirtschafteten Artikel in gemessene Preise festzulegen und jeden, der sie überschreitet, er sei Erzeuger, Händler oder Gelegenheitsnehmer, mit drohenden Strafen, die neben empfindlichen Freiheitsstrafen bis zu völligen Vermögenskonfiszation gehen müßten, zu belegen. Um das Verhinderung der Waren zu verhindern, müßte in gleicher Weise gegen diejenigen vorgegangen werden, die Waren über ihren persönlichen Bedarf hinaus spekulativ zu verkaufen. Werden Erzeuger und Händler vor die Alternative gestellt, entweder Wunderpreise anzutreten und dabei Haars und Hof, das gesamte Vermögen und für längere Zeit die persönliche Freiheit zu riskieren oder sich mit einem angemessenen Gewinn zu begnügen, dann würden sie zumeist das letztere wählen. Die Strafen, die jetzt oft für Verstöße gegen Lebensmittelverordnungen verhängt werden, nehmen sich gegenüber den erzielten Wundergewinnen wie schändige Trümmer aus, die naturgemäß jeder abschreckenden Wirkung entbehren.

Dedenfalls so wie die Dinge zur Zeit stehen, kann es nicht gut weiter gehen. Die öffentliche Bewirtschaftung in der bis herigen Form droht zur Falle zu werden. Dem Volke ist nicht damit gedient, daß in zahlreichen Kriegsgesellschaften und Büros laufende von Personen von Papier vollschreiben und Karten und Marken sortieren, während Schleihandels und Schleihandels aller Art immer läppiger ins Kraut schieben und weite Vollkreise das zur ausreichenden Ernährung, Bekleidung und Beschlebung Notwendige sich nur im Wege des Laufschuhes oder mit oder ohne Beziehungen aus Schleihandels gegen Wunderpreise beizukaufen können.

Das ist kurz im wesentlichen das, was ich als meine Aufstellung der oben erwähnten Abordnung gegenüber geäußert habe. Was abweichend davon in der Presse veröffentlicht worden ist, beruht entweder auf Missverständnis oder tendenziöser Auslegung meiner Worte.

Es ist mir insbesondere nicht eingefallen, dem Reichswirtschaftsminister "Schau vor der Verantwortung" zum Vorwurf zu machen, was mir von der Deutschen Tagesschau und ihr bestimmt auch vom Vorwärts vorgehalten wird. Ich habe von der Verantwortlichkeit des Ministers nur in dem Säulenartikel gesprochen, daß ich die Mitglieder der Abordnung erfuhrte, die Haltung des Ernährungsministers zu verstehen, der die schwere Verantwortung für die Sicherung unserer Vollversorgung trug und sich daher auch nicht so leicht zu Maßnahmen entschließen könnte, die nach seiner Überzeugung die Lebensmittelversorgung gefährden würden. Ich bat sie sodann, ihre Wünsche selbst dem Reichswirtschaftsminister vorzutragen; ich würde sie, soweit ich sie für berechtigt hielt, meinerseits unterstützen.

Gewiss, die Erfahrungen, die auch neuerdings wieder mit der Freigabe des Hauses gemacht worden, scheinen gegen jede weitere Förderung der Zwangswirtschaft zu sprechen. Daß die Knappheit anhält, werden wir das bei jedem zweiten freigegebenen Produkt erleben. Darüber müssen wir hinweg; und wir werden über dieses Übergangsstadium um so schneller hinwegkommen, als es uns gelingt, durch Steigerung der Erzeugung das Angebot zu verbreitern und dadurch einen dauernden Preisdruck auszuüben. Daher ist die Verteilung der Landwirtschaft mit fünfstelligen Ziffern und mit allen andern der Produktionsförderung dienenden Materialien die wichtigste Maßnahme, um die Preisgestaltung auf dem Lebensmittelmarkt sicher in gefundene Bahnen zu lenken.

Freilich, bis die völlige Gejündung der Marktverhältnisse auf diesem Wege eingetreten ist, können die Verbraucher

Bratwurst verbraucht zu haben. Darüber, daß wir Gott ausländischen Spez im Auslande Buttermittel kaufen, läßt sich natürlich reden. Es muß auf Grund genauer Berechnung festgestellt werden, ob wir auf diese Weise das für uns notwendige Fett billiger bekommen, als wenn wir Spez einführen. Wir sind freilich der Meinung, daß dann, wenn wir ausländische Buttermittel erhalten können, diese Buttermittel in erster Reihe dazu verwendet werden sollten, um unsere Milchproduktion zu heben, wodurch ja auch unsere Zeitversorgung gefestigt würde.

An den Wiederanfang unserer Schreinereihen sollte sehr sorgfältig werden, wenn unsre Milchversorgung völlig aufzugeben ist. Doch wir auch für eine Freigabe der Kartoffel nichts übrig haben, brauchen wir kaum erst zu sagen. Auch hier wäre die Gefahr, daß zu große Mengen durch Verfälschung der menschlichen Ernährung verloren gingen, allzu groß, ganz abgesehen davon, daß ja die Preise sehr bald gewaltig in die Höhe fließen würden.

Gewiss Braun begründet seine Wonneung gegen die Aufrechterhaltung der Zwangswirtschaft damit, daß diese in den letzten Kriegsjahren schon fast gelöst sei und jetzt immer losgelöst werde. Es ist richtig, daß der Schleihandel gefühlte Dimensionen angenommen hat. Aber die Erfahrungen, die man bisher dort gemacht hat, wo die Zwangswirtschaft aufgehoben wurde, sind doch sehr wenig verlockend. Wo die Zwangswirtschaft besteht, befähigt die Verbraucher weniger eine bestimmte, wenn auch nicht genügende Menge, zu einem erträglichen Preis. Wo aber die Zwangswirtschaft aufgehoben wird, da müssen die Verbraucher, wie wir das z. B. bei den Eltern erlebt haben, für alle Waren, die sie überhaupt kaufen, übermäßig hohe Preise bezahlen. Lebhaftest besticht gerade jetzt die Knappheit, den Schleihandel einzudammen, wenn's das unsre Schleihandels möglich ist und bei der Kartoffel ja auch geschehen soll, die Stationen erhöht werden. Dann wird sich die Bevölkerung nicht mehr so massenhaft am Schleihandel beteiligen. Und wenn der Schleihandel nicht mehr einen so großen Umsatz hat, dann wird es auch leichter sein, ihn zu bekämpfen. Natürlich müssen die Bevölkerung mehr dahinterstehen sein, als das bisher der Fall war. Zum Beispiel braucht nicht gebaut werden, daß in diesen Rehaurläufen gegen offene Hirschmengen verlaufen werden, die offenbar nur aus Schwarzschädlingen stammen können und daß nicht einmal die kleinsten Tage in den Waldbeständen eingehalten werden.

Das Höchstpreis ohne Bewirtschaftung feinen Wert haben, het man oft genug gesagt, und den Eltern, doch nun durch hohe Strafandrohungen eine Überzeichnung der Höchstpreise verhindern könnte, haben wir nicht. Die bisherigen Erfahrungen in Deutschland und anderweitig haben bewiesen, daß hohe Strafandrohungen nur dazu führen, daß höhere Preise genommen werden, weil das Risiko größer geworden ist. Die Erfahrungen in den letzten Jahren mit dem Abbau der Zwangswirtschaft bei den Eltern, bei dem Hafer und bei den Hülsen gemacht wurden, mögen den Eltern Braun davon überzeugen, daß im Interesse der breiten Massen des deutschen Volkes die Bewirtschaftung der Nahrungsmittel unbedingt aufrecht erhalten werden muß.

Sächsische Angelegenheiten.

Die Landesstelle für Gemeinwirtschaft an die Gemeinden.

Die Landesstelle für Gemeinwirtschaft richtete an alle sächsischen Gemeindevertretungen ein Rundschreiben, worin u. a. ausgeführt wird: "Die Landesstelle für Gemeinwirtschaft, die zum Wirtschaftsministerium residiert, beschäftigt sich laufend zu unterrichten über die sozialen, wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse der sächsischen Gemeinden, und zwar nicht nur der Städte, sondern auch aller, selbst der kleinsten Landgemeinden, vor allem über den Vermögens- und Schuldenstand, den gemeindlichen Besitz, die gemeinwirtschaftlichen Einrichtungen und den Ausbau, um so die Unterlagen zu erhalten für ein zukünftiges Bild von der sozialen, wirtschaftlichen und finanziellen Lage der Gemeinden, ihrer Entwicklungen und ihren Entwicklungsmöglichkeiten und somit für ein einheitliches, planmäßiges, geordnetes Wirken im Dienste der Gemeinden."

Die Landesstelle für Gemeinwirtschaft erlaubt sich deshalb, die vereylichen Gemeindebehörden ergebnis zu erläutern, ihr regelmäßig eines Materials zu liefern, das sich auf die sozialen, wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse der Gemeinden bezieht und vervollständigt vorliegt, so daß es überhaupt an Dritte abgegeben werden kann.

Von zehn bis zwanzig.

Roman von Karl A. Meyer.

O, recht war es ihm schon! Doch wenn er an "Stiefelknie", kannte er sich nicht willkommen dabei denken. Stiefmutter, Stiefvater, Stiefschwester — „Stief“ gefiel ihm nicht: Es erinnerte an böse Seiten, Stiefland, an schlechte Behandlung. Alle, die er kannte und die eine Stiefmutter oder einen Stiefvater hatten, waren dessen nicht froh. Er kannte nicht dafür, daß ihm ähnlich zumute ward. — Er hatte gewiß nichts Angenehmes, das er wieder einen Vater bekommen sollte; seiner Mutter wegen war er es zufrieden. Er wußte sehr gut noch, wie es war, als er zu Hause bei der Mutter gewohnt hatte. Denn die Mutter stand auf dem Bett gelegen, hatte sie manchmal wie zu einem Erwachsenen mit ihm gesprochen. Wenn unser Vater noch lebte, hatte sie gesagt, wäre ich nicht so stark, weil ich da nicht in die Fabrik müßte. Wenn mal ein neuer Vater käme, der für uns sorgte, weg... Wenn doch ein neuer Vater kommt hätte er da gedacht, daß es sicher wieder einer gesommert war, wollte er nicht zufrieden sein? Und gar, daß es der Gertrud ihr Vater war?

„O ja,“ sagte er, „mit ist es schon recht.“

Er ging die folgenden Tage mit schweren Gedanken umher.

Die neue Mutter schenkte Gertrud zwei schöne Haarschleifen; Mez bekam vom Vater Hauss-Mädchen, die er sich schon lange gewünscht hatte.

Über der Anstalt hingen tiegrauen Wolken, die ihr Dach in einem fort heruntergeschossen, tage- und nachtelang.

Wenn die Kinder über den Hof liefen, zogen sie die Köpfe ein; aber da regnete es ihnen in das Gesicht.

Held- und Gartnarbeit ward auf das dringlichste eingeschläfkt.

Die Täschinnen quagelten und glühten. Über den Hof lief das Wasser in kleinen Böchen. Böen lag in der Hütte und schlief. Die Hühner hockten zusammengekauert in Winkeln und unter den vorstehenden Töpfen. Die Latzhühne (wie sie genannt wurde), ein lustiges Huhn und etwas läppisch, sang quer über den Hof. Ihre einzige Schwanzfedde trug sie wie einen Kronen erhobenen Hinger. Die Anstaltskünder, die durch die nassen Fensterscheiben des Arbeitshauses schauten, lächelten.

Es regnete, was herunter kam. In einem solchen Tag war es, da wurde in der Räucherküche ein Platz am Tische frei, ein Schrank wurde leer und ein Bett. In dem Bett hatte Gertrud Himmelreich

Gertrud Himmelreich ward aus der Anstalt entlassen.

Die neue Mutter stand in der Expedition und rebte mit dem Inspektor. Sie habe mit ihrem Mann lange darüber nachgedacht, sagte sie, und sie seien zu dem Entschluß gekommen, die Kinder nicht beide noch Hause zu nehmen. Die Kinder standen in einem Alter, wo man Sorge haben müsse. Ihr liegt das Glück beider am Herzen, und darum müsse es geschehen, wie sie sich reislich überlegt hätten. Das Mädchen sei ihr eine Stütze daheim und ihr Mez soll bis zu keiner Schulentlassung in der Anstalt bleiben. Er hat sich wohl, hoffe sie, nunmehr eingerichtet und es werde sich schon machen.

Der Inspektor konnte ihr in allen Entschlüssen nur beipflichten; sie zeugten von flüger Überlegung, meinte er. Sein Urteil über das Mädchen sollte er zusammen, indem er sagte: „Wissen Sie, verehrte Frau: wenn alle Kinder so wären, wie das Mädchen Himmelreich, dann wäre die Anstalt voller Engel.“

Zuchs hatte später, was er gehört und verstanden, dem Hardt wiederzählen. —

Alegander mochte sich keine großen Gedanken darüber.

Die Zeit ging dahin. Zur Winter schneite er Weihnachtsmänner, und wenn die Zeit heran war, zerstumpfte er grüne Blätter; er tat seine Arbeit im Keller und strotzte bei der Anstalt- und Säleereiter. Die Jagd auf Maulwürfe und Feldmaus war ihm verhasst. Als er die erste Maus, die nicht lädiert wollte und versüßt um das bloßgelegte Nest der Jungen irrte, erstickte sie, war er erschrocken sieben geblieben. Die kleinen hatte er wieder in die weiche Erde gewühlt — vielleicht sind sie leben geblieben, vielleicht erstickt oder erstickt, wenn er sie in dem einen Jahre gerettet, hatte er sie im nächsten Jahre totgeschlagen.

Er verschliefte unverdrossen Abend für Abend in immer gleicher Abwechslung seine Wehl- und Briechkuppe; den Mittagspeisegesetz konnte er seit den ersten vierzehn Tagen aus dem Gedächtnis. Um Abwechslung in die Speisenfolgen zu bringen und um ihnen einen besondern Geschmack zu geben, würzte man sie zeitweise mit Essig; für zwei Minuten befanden sie beim Rauschmann Spindler die ganze Speisengangsschale voll.

Der kleine Kriebel, den Hardt „über hatte“, den er beaufsichtigen und dessen Kleider er in Ordnung halten mußte, hatte ihm manche Schläge eingehauen. Einmal aber hatte sie der Kommandant Römler für ihn eingehetzt. Der war gerade hinzugekommen, wie der Inspektor in der Stube zwei abgebrannte Streichhölzer aufgefunden hatte; diese wiederlich hatte das Mahl vollgemacht. Hardt war nicht so dumm gewesen, nachdrücklich die Prügel für sich zu verlangen.

Des kleinen Schwarzbüfflings Bild von unbestiebten Mädchen (die er leider seit dem Aufseher Springer entwöhnt hatte) trieben noch immer ihr Weib unter den Anstaltsküchen. Sie waren abgeschnitten und zum Tei zerissen. Walther, des früheren Aufsehers Kleidungsamt, war vor langer Zeit im Krankenhaus gestorben.

Wenn Hardt jetzt Sonntags Besuch empfing, war manchmal die Gertrud dabei.

Eines Sonntags kam auch der Alte aus dem Bordhaus, bei dem Ullendorf den Weihnachtstag verbracht hatte, um ihn zu besuchen. Der Knebe kannte ihn nicht jünglich wieder. Das machten wohl die Kleider, die der Mann trug; sein Haar war kinnweiss. Hildebrand heulte unter dem Schornsteinbalken.

Der alte Mann, dessen Namen der Knebe noch immer nicht kannte, brachte ihm eine Pistole zum Vorzeigen. Er ging wieder, ohne viel geredet zu haben, wie es früher doch seine Art war. Ein paar Worte hatte er zurückgelassen über das Schießen und über Hildebrand, hatte ein paarmal hem-hem gemacht und in die Sonne gehangen.

Der Knebe war über das unverhoffte Geschenk glücklich gewesen. Allein bei den ersten Schießversuchen — er hatte die Schieße am Scheunentor festgemacht und zielt danach — kam der Inspektor und nahm es ihm weg, das sei nichts für Kinder.

Noch wenigen Wochen erzählten ihm die Eltern (die nicht mehr in der finsternen Hofsstube wohnten), daß sich der Alte erschossen hat. Seinen Hund hatte er ans Fensterkreuz gehängt.

Ein paar seiner Kameraden hänselten Hardt, weil er gerne Geschichten los und seine Rose in Bisher stellte. Sie nannten ihn Flugnase und Weißheitstumpf. Er konnte sich nicht über Römler lustig machen, als daß er in einer allgemeinen Prügelei, bei der er freilich selbst weder Schläge davontrug, die Ständerholde lächelnd verblieb.

So unter Freuden und Leiden, unter oft militärischer Lust und erbitterten Kämpfen, wurde er zwischen Jahre alt. Das neue Jahr lief über die Gräben, bald sollte er in Ostfriesland wandern. (Fortsetzung folgt)

Das so erhaltenen Material soll wissenschaftlich verarbeitet und in gewissen Zeiträumen publiziert, aber vor allem im Dienste der praktischen Arbeit verwendet werden. Eine allgemeine Erhebung über den augenblicklichen Zustand der gemeinschaftlichen und finanziellen Verhältnisse in den Gemeinden Sachsen wird demnächst vorgenommen werden. Indem wir mit solchen Erhebungen an die Gemeinden verantraten, uns mit dem gewünschten Material zu versieben, daß ja nur im Interesse und im Dienste der Gemeinde verwandt werden soll, erfüllen wir uns bereit, nicht nur zu allen entsprechenden gewünschten Auskünften, sondern auch und ganz besonders zur praktischen Wirkung in allen Fragen des Gemeinwirtschaft und der Gemeinwirtschaft im allgemeinen. Vor allem glauben wir, den Gemeinden auch so bedürftig sein zu können mit dem von ihnen selbst und übergebenen Material, das gesammelt und verarbeitet, allen Gemeinden zur Benutzung bereitstehen soll.

Die Landesstelle für Gemeinwirtschaft wird es sich angelegen sein lassen, einen regen Verkehr mit den Gemeindeverwaltungen in die Wege zu leiten, und nimmt ihrerseits auch gern Anregung von den Gemeinden entgegen.

Eine Abwehr.

Auf der sozialdemokratischen Landesversammlung wandte sich Genosse Dr. Wünsche, Löbau, in einer Kritik der höchsten Parteipresse besonders auch gegen unser Leipziger Vorortorgan. Die Redaktion der Freien Presse sieht sich daher in eigener Sache zu folgender Abwehr veranlaßt, von der wir, da wir über den Angriff berichtet haben, unten Ufern ebenfalls Kenntnis geben:

Am Sonntag hat der Bezirksfachinspektor Dr. Wünsche, Löbau, ehemaliger sozialdemokratischer Stadtverordneter in Leipzig, auf der Landeskonferenz zu einem Angriff gegen unsre Freie Presse ausgebaut. Er hat, wie die Presse in dem Bericht in heutiger Nummer nachrichten wollen, auf die von Scheidemann in seiner jüngsten Rede erwähnten reaktionären Treibereien hingewiesen und erklärt, in unserer sächsischen Presse verfüge man wenig von einem Kampf gegen die Reaktion, deutscher aber von der Schlägigkeit gegen links, wie die polemische Art und Weise der Freien Presse in Leipzig beweist.

Genosse Dr. Wünsche, der bereits seit dem 21. November 1918 Mitglied unserer Partei ist, fehlt noch die politische Überzeugung, was schon daraus hervorgeht, daß er die von allen Seiten als unmöglich erkannte Zusammenarbeit mit den Unabhängigen für möglich hält und befürwortete. Mit dem Eifer der Neubefehlten sympathisierte Wünsche schon mit der Unabhängigen Partei, als er noch in Leipzig war. Insbesondere mochte sich dies bemerkbar in seinem reagieren und überzeugendem Vorführen mit dem unabhängigen Stadtverordneten; über kurz oder lang hatte Genossen Wünsches Verhalten in einem Bruch führen müssen.

Wir lehnen die Schulmeister des Genossen Wünsche höchstlich dankend ab. Er mag vielleicht ein tüchtiger Schulmann sein, aber sicher ist er ein schlechter Politiker. Unsre energetische Haltung gegenüber den Unabhängigen ist gerade in der letzten Zeit von den Parteinstanzen lebhaft besprochen worden. Jeder unserer Parteifunktionäre hat im politischen Kampf mehr Erfahrungen gesammelt als Genosse Wünsche, der mit seiner Kritik das Beste der Partei in der 12 haben mag, aber die realen Notwendigkeiten nicht einzuführen versteht.

"Aber ja, o der Freien Presse.

Protest gegen den Wagner Reichshauptmann.

Vom Textilarbeiterverband in der Oberlausitz ist im Namen von 2000 Textilarbeitern in einem Telegramm an den Minister des Innern, Ulrich, gegen die Ernennung des Geh. Regierungsrats im Ministerium des Innern, v. Rottkau-Wallwitz, zum Nachfolger des bisherigen Reichshauptmanns von Sachsen protestiert worden. Das Gewerkschaftsamt hat sich dem Protest angeschlossen, bedeckte die Haubtversammlung der Sozialdemokratie im 3. sächsischen Reichstagwohlfahrtskreis.

Stadt-Chronik.

Die Schulfrage.

Der Ludendorff erwägt die Frage:
Wer Schul am Waffenstillstand frage.

Und kommt zum Schlus: Es war der Hinkel
Der zahl ihm heim mit gleicher Münze.

Und was ihm jener vorgeworfen,
Schied er zurück auf Ludendorff.

So schreien sie sich dauernd zu:
"Du trägst die Schulbl — Ree dul! — Ree dul!"

Wie soll ein Dritter wohl entscheiden,
Wer das Rätsel von den beiden?

Ich glaube, schuldig beide sind se,
Der Ludendorff und auch der Hinkel.

Vater Michel

Schlechtes Brot.

Der Nachwuchs ist das Bäder- und Rundfunkgewerbe für den Gemeindebeamten Dresden und Umgebung bittet um eine Aufnahme folgender Erklärung: Seit längerer Zeit wird von der Dresden Bedürftigkeit lebhaft über das zur Zeit im Handel befindliche Brot Klage geführt, und zwar mit vollstem Recht. Nur wird die Schul am dem schlechten Brote fast ausnahmslos dem Broterzeugenden Gewerbe zugeschrieben. Der Nachwuchs für das Bäder- und Rundfunkgewerbe im bestens möglichen Vertrag, der partizipativ aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammengestellt ist, hat sich in seinen besten legten Sätzen auch mit dieser Frage beschäftigt und es für bringend notwendig erachtet, die Bevölkerung darüber aufzuklären, daß das broterzeugende Gewerbe an den schlechten Beschaffungsbedingungen des Brotes durchaus keine Schul tragen und doch auch die ältere wirtschaftende Masse, daß von den Söhnen minderwertiges Brot verbauen wird, um sie dadurch einen unzureichenden Vermögensvorteil zu verschaffen. Durchaus kein wichtig ist dagegen, daß den Bäckern und Großbäckern derzeit jetzt längerer Zeit ein durchaus minderwertiges Brot geliefert wird, das unbedingt verbauen werden muß. Als Vorstellung, die von den Interessen bei der Bäckerei gemacht worden sind, Sicherheit erfordert, weil dieser selbst wieder von der Fleischwarenfabrik das Brot in demselben schlechten Zustande übernehmen wird. Die Fleischwarenfabrik darf, weßhalb das Brot gerade am Ende des abgelaufenen Wirtschaftsjahrs eine beträchtliche Verlustdeckung aufzuweisen hat, liegen darin, daß das Brot im Reichen der Deutschen Prärie, wie ja nach der neueren Verordnung selber auch in diesem Jahre wieder gewünscht werden muss, sehr häufig in überreichem Ausmaße an die Münzen geliefert werden ist. Das überunter die Fleischwarenfabrik des Reichen leben mag, ist ohne weiteres klar.

Abec auch die Aufzehrung des Brotes läßt in den meisten Städten sehr zu wünschen übrig und führt zu einem sehr leichten Schwitzen beiderseits, worüber auch gegenwärtig lebhaft Klage ge-

föhrt wird. Es kann gar nicht oft genug hervorgehoben werden, daß das Brot lustig, also nicht in Postkarten, aufbewahrt werden muss und daß auch bereits das den Bäckern verkaufte auf eine lachende Ausbeutungskarte der jüngste Trend zu lesen ist.

Aus dem vorliegenden Auszüge wird jedem Leser erlichtlich sein, daß das broterzeugende Gewerbe unter dem laufenden Verdachte, der gegenwärtig bei einem Teil der Bevölkerung besteht, völlig unverteidigt leidet. Der Nachwuchs glaubt aber, daß die vorliegenden Erklärungen genügen, um die Bevölkerung über den wahren Sachverhalt aufzuklären.

Gewerbeleute und Terroristen.

In der kürzigen Gewerbeleuterversammlung im Volksschule erhielt die Vorstellung des Gewerbeleutenrates einen geschäftlichen Bericht über den Erfolg der bei der Dresdner Stadtverwaltung gestellten Anträge. Es gab bekannt, daß eine Mietbeihilfe für am 1. September längst als zwei Monate Arbeitslos bezahlt wurde, und zwar für Lebzeit 15 M. für Verkehrsleute 30 M. und für solche mit über und mehr Kindern 40 M.; doch sollen auch hier alle Hörten vermieden werden. Gegenwartig konnte im Interesse der bestreiten Gewerbeleute selbst nicht viel werden. Es wurde Johann der Anton angemessen zu verlangen, daß den sonst gewordenen und schwangeren arbeitslosen Herausgebern neben den auf Grund der Reichsversicherungsförderung gestellten Unterhöhungen die Arbeitslosenunterstützung weitergewährt werde; hierauf ein weiterer den Gewerbeleuten noch dem Beispiel anderer Orte die rationierten Lebensmittel 25 bis 30 Prozent billiger als der arbeitenden und hauptberuflichen Bevölkerung abzugeben; Johann ein dritter, der die Gleichstellung der Unterhöhlungsabgabe in den Amtshauptmannschaften Dresden-Alstadt und Neustadt mit denen der Stadt Dresden verlangt — eine Forderung, für die der Rat zu Dresden gar nicht zu handeln ist. Hierauf fand eine Erkundung zum Gewerbeleuten statt, auch für den bestreiten Vorstellen, der infolge angestiegenen der Arbeit kein Amt mehr bekleidet.

Der trocknester Käfig der Gewerbeleute "Über-volutionärer" Kreis immer geringer werdende Versammlungsbefreiung — von 14 000 Gewerbeleuten war kaum der achte Teil anwesend — lädt darauf schließen, daß die Mehrzahl der Gewerbeleute entweder mit der Abrogation der Gewerbeleuteförderung zufrieden, oder mit den Treibereien der erwähnten Gruppe von Leuten nicht einverstanden ist, die mit allem Frieden nicht nur zu zufrieden ist, sondern auch hinter den vielen sozialen wohlbefindenden und selbstverständlichen Verhandlungen eingezogenen, immer nur bösen Willen anzuhören und gegen Debatten, wie gegen die eigenen Ausschätzungen, immer nur bekennen können. Sie besteht aus ein paar Hundert in den Versammlungen stets gut verzierten Personen, die das ihnen nicht günstige Wiederfahren und durch Kurze bei den Abstimmungen: "Danke hoch!" die Unentschlossenen und Zuschauer zu terrorisieren sucht und zum Teil auch wirklich terrorisiert. Trotzdem konnten wir in unsern sozialen wohlbefindenden und selbstverständlichen mit allen vernünftigen Schlüssen sympathisierten Beziehungen feststellen, daß die letzten Versammlungen sich gegen die früheren, höchst tumultuarischen und dadurch der Sache der Gewerbeleute nur gefährlichen Veranstaltungen durch wachsende Besonntheit auszeichnen.

Das heißt die Kommunisten und Anarchisten nicht ab, auch diese mal wieder den Versammlungen, die ja leider in der Nachzahl unter Blatt nicht lesen, vorgeworfen, die Dresdner Volkszeitung vertrat die Interessen der Arbeiterschaften, während sie in der Sache nicht gegen ihre Schädigungstellung nahmen, die sie zu allerlei gefährlichen Unternehmungen auspatschen wollen. Diese Seite unserer Berichte wurde bestreiten, wohl aber wurde ein Antrag gestellt, den Bericht erster unterstellt Sitzung aus dem Saale zu stellen. zu wischen. Nach kurzer Debatte schiede man jedoch, daß ein weiteres Sehen wachsender Besonntheit, den unsstimmigen Antrag ab — unzumutig bedenklich, weil unter Berücksicht, sei es der oder jener, die es oben oder unten im Saale, sich nemals abschließen lassen will, die Wahrheit zu berichten. war. Charakteristisch für die politische Versicherungsförderung eines Teiles der Versammlung war ein damit verbundenes Zwischenspiel. war nämlich ein Redner darauf hinweisen, daß man nicht die Dresdner Volkszeitung ausschließen, den reaktionären Dresdner Anzeiger aber zu lassen könne, riet ihm ein großer Teil der Versammlungen zu: "Der Anzeiger kann baldbleiben!"

Die politisch-sächsischen Brüderlein seien dann noch einiges durch, was uns durchaus unangebracht erscheint; so, daß zwei Stellen des Gewerbeleutenats, die bisher, der Partei von Organisatoren und Unorganisierter wegen, von den Gewerkschaften bestreit worden waren, nunmehr von der Versammlung gewählt wurden. Dem Vorsteher des Tabakarbeiter erzielte man in dieser Angelegenheit nicht das Wort um den Vertreter bestreiteten Gewerbe im Gewerbeleutenats fand er sich an. Unterstellt man wieder, der Arbeiterschaften im Gewerbeleutenats, die vorher gehalten geblieben, war ein damit verbundenes Zwischenspiel. Als nämlich ein Redner darauf hinweisen, daß man nicht die Dresdner Volkszeitung ausschließen, den reaktionären Dresdner Anzeiger aber zu lassen könne, riet ihm ein großer Teil der Versammlungen zu: "Der Anzeiger kann baldbleiben!"

Die politisch-sächsischen Brüderlein seien dann noch einiges durch,

was uns durchaus unangebracht erscheint; so, daß zwei Stellen des Gewerbeleutenats, die bisher, der Partei von Organisatoren und Unorganisierter wegen, von den Gewerkschaften bestreit worden waren, nunmehr von der Versammlung gewählt wurden. Dem Vorsteher des Tabakarbeiter erzielte man in dieser Angelegenheit nicht das Wort um den Vertreter bestreiteten Gewerbe im Gewerbeleutenats fand er sich an.

Dem Vorsteher des Tabakarbeiter erzielte man in dieser Angelegenheit nicht das Wort um den Vertreter bestreiteten Gewerbe im Gewerbeleutenats fand er sich an.

Die politisch-sächsischen Brüderlein seien dann noch einiges durch,

was uns durchaus unangebracht erscheint; so, daß zwei Stellen des Gewerbeleutenats, die bisher, der Partei von Organisatoren und Unorganisierter wegen, von den Gewerkschaften bestreit worden waren, nunmehr von der Versammlung gewählt wurden. Dem Vorsteher des Tabakarbeiter erzielte man in dieser Angelegenheit nicht das Wort um den Vertreter bestreiteten Gewerbe im Gewerbeleutenats fand er sich an.

Die politisch-sächsischen Brüderlein seien dann noch einiges durch,

was uns durchaus unangebracht erscheint; so, daß zwei Stellen des Gewerbeleutenats, die bisher, der Partei von Organisatoren und Unorganisierter wegen, von den Gewerkschaften bestreit worden waren, nunmehr von der Versammlung gewählt wurden. Dem Vorsteher des Tabakarbeiter erzielte man in dieser Angelegenheit nicht das Wort um den Vertreter bestreiteten Gewerbe im Gewerbeleutenats fand er sich an.

Die politisch-sächsischen Brüderlein seien dann noch einiges durch,

was uns durchaus unangebracht erscheint; so, daß zwei Stellen des Gewerbeleutenats, die bisher, der Partei von Organisatoren und Unorganisierter wegen, von den Gewerkschaften bestreit worden waren, nunmehr von der Versammlung gewählt wurden. Dem Vorsteher des Tabakarbeiter erzielte man in dieser Angelegenheit nicht das Wort um den Vertreter bestreiteten Gewerbe im Gewerbeleutenats fand er sich an.

Die politisch-sächsischen Brüderlein seien dann noch einiges durch,

was uns durchaus unangebracht erscheint; so, daß zwei Stellen des Gewerbeleutenats, die bisher, der Partei von Organisatoren und Unorganisierter wegen, von den Gewerkschaften bestreit worden waren, nunmehr von der Versammlung gewählt wurden. Dem Vorsteher des Tabakarbeiter erzielte man in dieser Angelegenheit nicht das Wort um den Vertreter bestreiteten Gewerbe im Gewerbeleutenats fand er sich an.

Die politisch-sächsischen Brüderlein seien dann noch einiges durch,

was uns durchaus unangebracht erscheint; so, daß zwei Stellen des Gewerbeleutenats, die bisher, der Partei von Organisatoren und Unorganisierter wegen, von den Gewerkschaften bestreit worden waren, nunmehr von der Versammlung gewählt wurden. Dem Vorsteher des Tabakarbeiter erzielte man in dieser Angelegenheit nicht das Wort um den Vertreter bestreiteten Gewerbe im Gewerbeleutenats fand er sich an.

Die politisch-sächsischen Brüderlein seien dann noch einiges durch,

was uns durchaus unangebracht erscheint; so, daß zwei Stellen des Gewerbeleutenats, die bisher, der Partei von Organisatoren und Unorganisierter wegen, von den Gewerkschaften bestreit worden waren, nunmehr von der Versammlung gewählt wurden. Dem Vorsteher des Tabakarbeiter erzielte man in dieser Angelegenheit nicht das Wort um den Vertreter bestreiteten Gewerbe im Gewerbeleutenats fand er sich an.

Die politisch-sächsischen Brüderlein seien dann noch einiges durch,

was uns durchaus unangebracht erscheint; so, daß zwei Stellen des Gewerbeleutenats, die bisher, der Partei von Organisatoren und Unorganisierter wegen, von den Gewerkschaften bestreit worden waren, nunmehr von der Versammlung gewählt wurden. Dem Vorsteher des Tabakarbeiter erzielte man in dieser Angelegenheit nicht das Wort um den Vertreter bestreiteten Gewerbe im Gewerbeleutenats fand er sich an.

Die politisch-sächsischen Brüderlein seien dann noch einiges durch,

was uns durchaus unangebracht erscheint; so, daß zwei Stellen des Gewerbeleutenats, die bisher, der Partei von Organisatoren und Unorganisierter wegen, von den Gewerkschaften bestreit worden waren, nunmehr von der Versammlung gewählt wurden. Dem Vorsteher des Tabakarbeiter erzielte man in dieser Angelegenheit nicht das Wort um den Vertreter bestreiteten Gewerbe im Gewerbeleutenats fand er sich an.

Die politisch-sächsischen Brüderlein seien dann noch einiges durch,

was uns durchaus unangebracht erscheint; so, daß zwei Stellen des Gewerbeleutenats, die bisher, der Partei von Organisatoren und Unorganisierter wegen, von den Gewerkschaften bestreit worden waren, nunmehr von der Versammlung gewählt wurden. Dem Vorsteher des Tabakarbeiter erzielte man in dieser Angelegenheit nicht das Wort um den Vertreter bestreiteten Gewerbe im Gewerbeleutenats fand er sich an.

Die politisch-sächsischen Brüderlein seien dann noch einiges durch,

was uns durchaus unangebracht erscheint; so, daß zwei Stellen des Gewerbeleutenats, die bisher, der Partei von Organisatoren und Unorganisierter wegen, von den Gewerkschaften bestreit worden waren, nunmehr von der Versammlung gewählt wurden. Dem Vorsteher des Tabakarbeiter erzielte man in dieser Angelegenheit nicht das Wort um den Vertreter bestreiteten Gewerbe im Gewerbeleutenats fand er sich an.

Die politisch-sächsischen Brüderlein seien dann noch einiges durch,

was uns durchaus unangebracht erscheint; so, daß zwei Stellen des Gewerbeleutenats, die bisher, der Partei von Organisatoren und Unorganisierter wegen, von den Gewerkschaften bestreit worden waren, nunmehr von der Versammlung gewählt wurden. Dem Vorsteher des Tabakarbeiter erzielte man in dieser Angelegenheit nicht das Wort um den Vertreter bestreiteten Gewerbe im Gewerbeleutenats fand er sich an.

Die politisch-sächsischen Brüderlein seien dann noch einiges durch,

was uns durchaus unangebracht erscheint; so, daß zwei Stellen des Gewerbeleutenats, die bisher, der Partei von Organisatoren und Unorganisierter wegen, von den Gewerkschaften bestreit worden waren, nunmehr von der Versammlung gewählt wurden. Dem Vorsteher des Tabakarbeiter erzielte man in dieser Angelegenheit nicht das Wort um den Vertreter bestreiteten Gewerbe im Gewerbeleutenats fand er sich an.

Die politisch-sächsischen Brüderlein seien dann noch einiges durch,

was uns durchaus unangebracht erscheint; so, daß zwei Stellen des Gewerbeleutenats, die bisher, der Partei von Organisatoren und Unorganisierter wegen, von den Gewerkschaften bestreit worden waren, nunmehr von der Versammlung gewählt wurden. Dem Vorsteher des Tabakarbeiter erzielte man in dieser Angelegenheit nicht das Wort um den Vertreter bestreiteten Gewerbe im Gewerbeleutenats fand er sich an.

Die politisch-sächsischen Brüderlein seien dann noch einiges durch,

was uns durchaus unangebracht erscheint; so, daß zwei Stellen des Gewerbeleutenats, die bisher, der Partei von Organisatoren und Unorganisierter wegen, von den Gewerkschaften bestreit worden waren, nunmehr von der Versammlung gewählt wurden. Dem Vorsteher des Tabakarbeiter erzielte man in dieser Angelegenheit nicht das Wort um den Vertreter bestreiteten Gewerbe im Gewerbeleutenats fand er sich an.

Die politisch-sächsischen Brüderlein seien dann noch einiges durch,

was uns durchaus unangebracht erscheint; so, daß zwei Stellen des Gewerbeleutenats, die bisher, der Partei von Organisatoren und Unorganisierter wegen, von den Gewerkschaften bestreit worden waren, nunmehr von der Versammlung gewählt wurden. Dem Vorsteher des Tabakarbeiter erzielte man in dieser Angelegenheit nicht das Wort um den Vertreter bestreiteten Gewerbe im Gewerbeleutenats fand er sich an.

Die politisch-sächsischen Brüderlein seien dann noch einiges durch,

was uns durchaus unangebracht erscheint; so, daß zwei Stellen des Gewerbeleutenats, die bisher, der Partei von Organisatoren und Unorganisierter wegen, von den Gewerkschaften bestreit worden

